

Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Maximilian Böttl u. a. (CSU)

**Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Geothermie-Ausbau in Bayern trotz Ampel-Bremse voranbringen
(Drs. 19/2362)**

– Mitberatung –

Vorsitz: Josef Zellmeier (CSU)
Berichterstattung: Maximilian Böttl (CSU)
Mitberichterstattung: Claudia Köhler (GRÜNE)

Abg. Maximilian Böttl (CSU) trägt vor, Bayern verfüge über ein riesiges Geothermie-Potenzial für die Wärmeversorgung. Die Geothermie sei grundlastfähig und biete Kommunen und Wirtschaft die Möglichkeit einer heimischen, dezentralen und unabhängigen Energieversorgung. Ziel des vorliegenden Antrags sei es, die Geothermie in Bayern voranzubringen. So sollte die LfA-Förderbank ein Kreditprogramm auflegen, um die Finanzierung von Geothermie-Vorhaben und Wärmenetzen zu verbessern. Außerdem sollte so bald wie möglich ein Konzept für die Fündigkeitsrisikoversicherung aufgesetzt werden.

Abg. Claudia Köhler (GRÜNE) kritisiert, der vorliegende Antrag sei nicht mit Mitteln aus dem bayerischen Staatshaushalt hinterlegt. Im Übrigen hätten die Koalitionsfraktionen den vorliegenden Antrag erst sehr spät vorgelegt. Der Bund habe bereits ein kraftvolles Programm für die Förderung der Geothermie aufgelegt. Danach sei eine Förderung bis zu 40 % der Kosten möglich. Die Gemeinde Grünwald habe aus diesem Programm vor Kurzem eine Förderung in Höhe von 60 Millionen Euro erhalten. Insofern sei der Begriff "Ampel-Bremse" in der Überschrift des vorliegenden Antrags nicht nachvollziehbar.

Die GRÜNEN stimmten dem vorliegenden Antrag dennoch zu, da er Maßnahmen aufliste, die auf Landesebene schon längst hätten umgesetzt werden müssen. Bayern habe angekündigt, eigene Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, sobald das Bundesprogramm zur Förderung der Geothermie laufe. Tatsache sei, dass das bayerische Programm an

schwierige Bedingungen geknüpft sei, sodass die dortigen Mittel gar nicht abgerufen würden.

Abg. Maximilian Bötl (CSU) stellt klar, das Förderprogramm "Bundesförderung für effiziente Wärmenetze" (BEW) sei erst in der 12. Kalenderwoche des Jahres 2024 wieder reaktiviert worden. Eine Fördermöglichkeit bis zu 40 % der Kosten sei selbstverständlich ein guter Aufschlag, allerdings sei die Zukunft des Bundeshaushalts derzeit völlig unklar. Zu bedenken sei auch, dass eine Bohrung über 50 Millionen Euro kosten könne. Trotz einer 40-prozentigen Förderung kämen hier auf die kommunalen Haushalte erhebliche Belastungen zu. Diese Belastungen sollten nach Möglichkeit durch ein Kreditprogramm der LfA aufgefangen werden. Eine Bürgschaft für die Kommunen wäre keine Lösung, da dadurch der Kredit nicht billiger würde.

Abg. Claudia Köhler (GRÜNE) bestätigt, dass das Förderprogramm BEW ab der 12. Kalenderwoche des Jahres 2024 fortgeführt worden sei. Solange die Geothermie keine Pflichtaufgabe der Kommunen sei, würden sie immer Probleme mit der Finanzierung bekommen; denn für andere Vorhaben dürften sie sich nicht in unbegrenztem Umfang verschulden.

Beschluss:

Zustimmung

(bei Enthaltung der AfD, im Übrigen einstimmig)